

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Horst Peter MdB zum 175. Geburtstag von Karl Marx: Die gesellschaftliche Utopie neu gewinnen.

Seite 1

Professor Gert Weisskirchen MdB zur Notwendigkeit von Offenheit in Umbruchphasen: Mit Urwahlen mehr Demokratie wagen.

Seite 3

Margitta Terborg MdB zum Hamburger Verfassungsgerichtsurteil: Mit Verlaub - Richterschele.

Seite 3

Dr. Gerhard Schmid MdEP zum Europatag 1993: Kein Fortschritt für Europa ohne Maastricht.

Seite 4

48. Jahrgang / 85

5. Mai 1993

Die gesellschaftliche Utopie neu gewinnen

Zum 175. Geburtstag von Karl Marx

Von Horst Peter MdB

Unter dem Motto "Totgesagte leben länger" hat in Trier die einwöchige Feier des 175. Geburtstags von Karl Marx begonnen. Die Partei, die im Berliner Programm den Satz formuliert hat: "Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung" muß sich der Herausforderung Karl Marx auch in Zeiten stellen, in denen andere Marx-Standbilder stürzen.

Dabei können wir uns die Sache nicht so leicht machen wie Mitterrand. Auf die Frage, was es heute bedeute Sozialist zu sein, sagte er: "Wieso heute? Dasselbe wie gestern. Die Abenteuer des Marxismus-Leninismus berühren uns doch nicht. Das ist nun wirklich nicht unsere Sache."

Sicherlich hat der Sozialismus mehrere geistige Wurzeln und auch mehrere linke Quellen: Utopisten, Anarchisten, Anarcho-Syndikalist, demokratische Sozialisten, aber wir können uns aus der Auseinandersetzung über die "Abenteuer des Marxismus-Leninismus" genausowenig davon stellen wie Christen aus der Auseinandersetzung um die Inquisition.

Oskar Negt zitiert in einem Interview mit der Zeitschrift "links" Heinrich Heine: "Die Guillotine ist ständiger Schatten und Begleiter der revolutionären Ideen." Aber sind die Ideen und die Interpretationen der Welt für alle Folgen der Probleme verantwortlich zu machen? Vor allem, wenn der Kern der Idee ist, daß der emanzipierte Mensch für die Geschichte selbst verantwortlich ist. War früher die Geschichte gottgewollt, sachnotwendig, entfremdet, bewußtlos, gibt Marx der geschichtlichen Entwicklung seine Ketten sprengende Dynamik. Die Menschen sind selber die Produzenten ihrer Verhältnisse sowohl zur Natur als auch zu den Produktionsmitteln und zu den Mitmenschen, wenn die Entfremdung bewußt wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit 100% Recycling-Papier



Ziel der Kritik der politischen Ökonomie ist dabei die Aussage, vom Kapital ist keine Befreiung, keine Aufhebung der Entfremdung zu erwarten. Die Menschen müssen sich selbst ihre Instrumente geben, um die gesellschaftliche Entwicklung zu gestalten. Dazu bedarf es unverzichtbar der Freiheit. Die Assoziation der Freien und Gleichen zur Regelung der eigenen Sache ist die konkrete Utopie des Philosophen Karl Marx und eine geistige Wurzel des Demokratischen Sozialismus.

Die Sprengkraft, die Marx entfaltet, liegt in der Dynamik des Anspruchs, den Widerspruch zwischen Denken und Sein zu überwinden. Sein "Die Philosophen haben die Welt nur interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern" beschreibt eine Philosophie, die zur Wirklichkeit drängt. Das hebt Karl Marx aus der Reihe der Philosophen der Praxis von Platon über Kant, Hegel, Heidegger, Hannah Arendt heraus, gibt aber gleichzeitig auch Anlaß, ihn als Rezeptbuch für die Garküche einer neuen Gesellschaft zu betrachten. Dabei hat Marx trotz des Anspruchs der Veränderung, selbst nur eine Interpretation der Welt gegeben.

Auseinandersetzung mit Marx heißt stets auch Auseinandersetzung mit der Marxrezeption: Von der Unsitte der Linken, ihn als Legitimationshalter für eigene Gedanken zu nutzen (wenn man ein passendes Marxzitat findet, ist die Sache geklärt und erklärt) über die Ausgrenzung von anderen linken Positionen (damit hat der Politiker Marx selbst angefangen) bis zur Legitimation der Staaten, die sich selbst realsozialistisch nannten durch den "Marxismus-Leninismus".

Oskar Negt benennt in seinem "Links"-Interview drei zentrale Sündenfälle der Marxrezeption.

1. Marx' Verständnis vom Staat geht davon aus, daß der Staat zurückgenommen werden soll in die Gesellschaft. Staatskritik ist bei Marx unverzichtbar. Lenin und Stalin dagegen werten den Staat zur allgewaltigen Substanz der Gesellschaft auf. Aber auch die Sozialdemokratie war in ihrer Politik stets staatsfixiert.
2. Der Geschichtsmaterialismus ist eine in der Struktur offene Auffassung der Welt. Der Stalinismus-Leninismus hat diese Weltanschauung zu einem System von Gesetzen geschlossen, wobei Naturgesetze gleichsam zu ontologischen Modellen für die gesellschaftlichen Gesetze werden. (Dialektischer Materialismus ist Modell für historischen Materialismus.)
3. Die Kritik des Bestehenden als radikale Kritik an den Verhältnissen macht die marxsche Theorie zu einer Theorie der Veränderung. Die Aussperrung der Kritik am System des Realsozialismus macht die marxsche Theorie zu einer affirmativen Theorie des Bestehenden.

Die Herausforderung der Zeit ist für die Sozialdemokratie, entweder den Begriff Sozialismus inhaltlich neu zu füllen oder einen anderen Begriff für das eigene Reformprojekt zu finden. Die Erinnerung an den 175. Geburtstag von Karl Marx mag dazu dienen, die Quellen des Sozialismus sichtbar zu machen, die Irrtümer zu benennen und die gesellschaftliche Utopie neu zu gewinnen aus der Kritik der Verhältnisse.

Die Vergangenheit zeigt: die Grundlage des Sozialismus kann nur der volle reichhaltige Mensch sein, der mehr will als das Private. Wenn Sozialismus weniger ist als die Erfüllung des Privaten, dann kann er nicht gelingen, weil er nicht in den Interessen der Menschen gefestigt ist. (Oskar Negt) Es geht also um die pfleglichen Umgang mit dem Privaten, denn wo das Private enteignet wird, tritt das Private als einzige Alternative auf.

(-/5. Mai 1993/rs/ks)

Mit Urwahlen mehr Demokratie wagen
Zur Notwendigkeit von Offenheit in Umbruchphasen

Von Professor Gert WelschKirchen MdB

Björn Engholms Rücktritt hat einen Andrang von Kandidatinnen und Kandidaten für die Ämter der Spitze der SPD ausgelöst. Die Vielfalt unverwechselbarer Persönlichkeiten kommt darin zum Ausdruck.

Das zeigt: in der SPD ist eine Fülle von außergewöhnlichen Befähigungen herangewachsen. Personell muß man um die Zukunft der Sozialdemokratie keine Bange haben. Die Tradition der enggeschnittenen Verfahren zur Auswahl von Spitzenkandidaten allerdings entspricht dieser personellen Lebendigkeit nicht mehr und auch nicht mehr dem gewachsenen Bedarf an Mitbeteiligung.

"Die Absegnung" von Kandidaten durch die Parteihierarchie entspricht nicht mehr dem Willen demokratischer Entscheidung.

Offenheit der Verfahren und Urwahlen durch die Mitglieder ist ein Zeichen der Reife für die politische Kultur.

In einem für uns historisch schwierigen Umbruch sollte die SPD die Forderung von Willy Brandt sich neu zu eigen machen: "Wir wollen mehr Demokratie wagen!"

(-/5. Mai 1993/rs/ks)

Mit Verlaub: Richterschele
Zum Hamburger Verfassungsgerichtsurteil

Von Marglits Terborg MdB

Mit Verlaub: Ich gestatte mir Richterschele. Ich bin nicht Hamburgs Bürgermeister, der artig seinen Kotau vor Hamburgs Verfassungsrichtern zu zelebrieren hatte. Ich gehöre natürlich auch nicht der Hamburger CDU an, deren verfassungswidrige Praktiken bei der Kandidatenaufstellung angeblich das Gericht veranlaßten, eine Neuwahl der Bürgerschaft zu dekretieren. Ich sage bewußt: "angeblich". Denn für mich ist der Spruch der Hamburger Richter höchst irritierend.

Vielleicht buchstabieren wir das Ganze mal aus anderer Optik: da bricht eine Partei bei ihrer Kandidaten-Aufstellung die Verfassung. So etwas müßte mit Sicherheit verfassungspolitische Relevanz haben, wenn diese Partei die Mehrheit in der Bürgerschaft erreicht hätte. Hat sie aber nicht. Das Handeln einer Partei führt nun per Urteil zur Entmündigung jener Bürgerinnen und Bürger, die die verfassungsbrechende CDU (aus welchen Gründen auch immer) nicht wählen mochten. Warum, um alles in der Welt, werden die Wählerinnen und Wähler durch das Urteil eines Verfassungsgerichts gleich mitbestraft?

Diese Bürgerinnen und Bürger, man muß es immer wieder sagen, hatten ja mit der Kandidatenaufstellung der CDU nichts am Hut. Bedeutender noch: sie haben sie auch nicht gewählt. Wie also wäre jetzt per Neuwahl der Verfassungsbruch der CDU zu heilen?

Ich weiß es nicht. Und ich weiß auch nicht, warum alle Rechtsakte der Hamburger Bürgerschaft, die ja laut Urteil seit 1991 rechtswidrig zusammengesetzt war, angeblich Bindungswirkung haben. Ich denke, das kann uns nur die Mehrheit der Hamburger Verfassungsrichter verklären. Aber diese Mehrheit urteilt nur.

Vielleicht sollte ich meine Kritik noch deutlicher formulieren: das Hamburger Urteil zwingt mich, meiner Partei zu empfehlen, bei künftigen Kandidatenaufstellungen vorsätzlich die Verfassung zu mißachten. Dann müßte bei einem enttäuschenden Wahlausgang neu gewählt werden. Und noch einmal. Und noch einmal. Falls die SPD die Kraft zum Verfassungsbruch hätte, gäbe das hübsche Verwirrspiele. Allerdings müßte die SPD durch einen Außenseiter in Hamburg klagen lassen.

(-/5. Mai 1993/rs/ks)

Au
we
un
tra

De
ge

Wir
we
Dat
ren
chu
die
ang

Der
end
inte

o
o
o
o
o
o

Im Z
und
scha
eine
des
dung
rung
sich

Maas
EG.

Maas
künf

Niem
Name
wie
Währ



Maasricht- mo... rasch... in... Maasricht... schwere Einbußen erleiden.

(-/5. Mai 1993/rs/ks)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Walter Kolbow MdB zur aktuellen Lage der Bundeswehr und zu deren Somalia-Einsatz: Die Streitkräfte brauchen Klarheit und Sicherheit.

Seite 1

Professor Dr. Uwe Holtz MdB zur Arbeit einer Institution, die der Bonner Unterstützung bedarf: Bilanz positiv. Das Nord-Süd-Zentrum des Europarates.

Seite 3

46. Jahrgang / 86

6. Mai 1993

Die Streitkräfte brauchen Klarheit und Sicherheit Zur aktuellen Lage der Bundeswehr und zu deren Somalia-Einsatz

Von Walter Kolbow MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die aktuelle Lage der Bundeswehr ist gekennzeichnet durch eine handfeste Auftrags-, Struktur- und Finanzkrise, die zum überwiegenden Teil hausgemacht ist, also auf das Konto des Verteidigungsministers geht. Minister Röhe konnte nur von Bundeskanzler und Finanzminister durch zusätzliche Etatkürzungen brüskiert werden und mit seiner Planung ins Schleudern geraten, weil er Opfer seiner eigenen falschen Lagebeurteilung wurde: Er war nicht mutig genug, sich rechtzeitig auf die zusätzliche und mögliche Reduzierung des Verteidigungshaushalts einzustellen, wollte sich nicht auf das beschränken, was notwendig und machbar ist, sondern als Nebenaußenminister die Bundeswehr ohne Rücksicht auf die fehlende Rechtssicherheit vom sicherheits- und verteidigungspolitischen zum außenpolitischen Instrument umbauen. Der finanzielle Offenbarungseid dürfte aber, Beispiel Neues Europäisches Jagdflugzeug, nicht lange auf sich warten lassen. Röhe hat Erwartungen auf Einsparungen bei diesem Projekt geweckt, die er jetzt nicht erfüllen kann. Deshalb hat er gestern, offenbar noch immer nicht klug geworden, vor weiteren Kürzungen bei der Bundeswehr gewarnt. Angesichts der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Prioritätensetzung und prekären Finanzlage des Bundes sind sie jedoch unausweichlich. Die geplanten und bestellten Kleider der Bundeswehr sind zu groß geraten und schlicht nicht mehr bezahlbar.

Dabei ging es auch anders:

- Statt Kampfeinsätzen nur humanitäre und Blauhelm-Missionen
Der neue Auftrag der Bundeswehr muß vom Bundestag gebilligt, das Grundgesetz entsprechend angepaßt werden. Der neue Verfassungsrahmen ist in einem Bundeswehraufgabengesetz detailliert festzulegen. Nur so sind Rechts- und Planungssicherheit wiederherzustellen und Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbindlicher Umgang
mit verschulden Rückgaben
Recycling-Papier



Kein Fortschritt für Europa ohne Maastricht
Zum Europatag 1993

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Auf den Europatag 1993 fällt die bange Frage "Was wird aus Maastricht?". Und sicher sind es nicht wenige, unter denen sich angesichts der zweiten dänischen Volksabstimmung am 18. dieses Monats und der britischen nach der Sommerpause eine Art klammheimlicher Vorfremde breit macht, der Vertrag von Maastricht könnte auf diese Weise doch noch scheitern.

Dem setzen die SPD-Europaabgeordneten ihr entschiedenes "Maastricht darf nicht scheitern" entgegen. Denn ohne diesen Vertrag gibt es keinen europäischen Fortschritt.

Wir Parlamentarier erleben in unserer täglichen Arbeit in Brüssel und Straßburg, was es bedeutete, wenn die zusätzlichen Rechte, die uns in Maastricht eingeräumt wurden, bereits wirksam wären. Dann könnte der Ministerrat in vielen Bereichen nicht mehr am Europäischen Parlament vorbeiregieren. Neu sind auch unsere Rechte bei der Einsetzung der EG-Kommission, zur Bildung von Untersuchungsausschüssen und zur Initiierung von neuen EG-Gesetzen. Und dabei wissen wir, daß es bei dieser Erweiterung der Zuständigkeit nicht bleiben wird, sondern die nächste Reform bereits für 1996 angesagt ist.

Der Vertrag von Maastricht hat auch keine Freunde beim organisierten Verbrechen. Denn jetzt endlich, aus unserer Sicht spät, sind folgende Bereiche zu "Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse" erklärt worden:

- o Bekämpfung des internationalen Verbrechens
- o die Drogenpolitik
- o Zusammenarbeit in Straf- und Zivilsachen
- o Kontrollen an den EG-Außengrenzen
- o Asyl- und Einwanderungspolitik.

Im Zentrum des Vertrages stehen mit der Europäischen Union verbesserte Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Die Unionsbürgerschaft bringt allen EG-Angehörigen unabhängig von der Staatsbürgerschaft das aktive und passive Wahlrecht auf der Kommunal- und Europaebene am Wohnort sowie eine Ausweitung des Petitionsrechts unter Einschaltung des neugeschaffenen Bürgerbeauftragten des Europäischen Parlaments. Und schließlich das verbriefte EG-Recht auf allgemeine und Berufsbildung, Arbeits- und Gesundheits sowie Verbraucherschutz. Die Europäische Sozial- und Arbeitsförderungs politik ist vertraglich abgesichert. Und nach dem britischen Opting out in der Sozialpolitik kann sich Bonn bei der Blockade dieses Politikbereiches auch nicht mehr hinter London verstecken.

Maastricht schafft die Voraussetzung für außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EG. Gerade im Jugoslawienkonflikt hätten wir sie uns schon gewünscht.

Maastricht ist auch die Voraussetzung für die schnelle Integration der EFTA-Staaten und für eine zukunftsträchtige Entwicklung in Mittel- und Osteuropa.

Niemand kann schließlich die Vorteile einer Währungsunion bestreiten - vorausgesetzt, daß sie ihren Namen verdient. Daß sie funktioniert und die künftige Europäische Währung mindestens so stark ist wie unsere jetzige Mark wird, dafür sorgen strenge Auflagen. Werden sie nicht erfüllt, wird auch die Währungsunion zunächst nicht Wirklichkeit.

Maastricht muß also rasch in Kraft treten. Ohne Maastricht, wird die Stabilität in ganz Europas schwere Einbußen erleiden.

(-/5. Mai 1993/rs/ks)
